

Rückblick

DIE LINKE. Kreis Soest

Presseerklärung 22.06.2011

Erfolge, Träume und Forderungen Ein Jahr DIE LINKE im Landtag NRW

Gunhild Böth (DIE LINKE), eine Vizepräsidentin des Landtages NRW, war am Dienstag 21.06.2011 zur "Diskussion mit Links" nach Soest eingeladen und zog eine positive Bilanz des ersten Jahres der LINKEN im Landtag: Grundsulgutachten sind nicht mehr verbindlich, die Studiengebühren werden abgeschafft, es gibt mehr Geld für die unterfinanzierten Kommunen, es werden mehr Lehrerinnen und Lehrer und mehr Steuerprüferinnen und Steuerprüfer eingestellt, das Gesetz zur Abwahl von Bürgermeistern wurde beschlossen, der Medienstaatsvertrag wurde gestoppt u.v.m. ...



Presseerklärung 23.06.2011

DIE LINKE gründet Geseker Basisgruppe und sucht weitere Aktive

Am 22.06.2011 gründete DIE LINKE in Geseke eine Basisgruppe, die spätere Gründung eines Ortsverbandes und die Teilnahme an der Kommunalwahl 2014 ist nicht ausgeschlossen. "Dafür brauchen wir jedoch noch mehr Aktive," so Gisbert Drignat, neuer Sprecher der Basisgruppe. "Es gab viele positive Rückmeldungen im Vorfeld der Gruppengründung. Ich hoffe, dass die Menschen sich mit Ideen auch einbringen. Uns aus sozialer Ungerechtigkeit erlösen, können wir nur selber tun!" ...



Presseerklärung 29.04.2011

Leiharbeit zurückdrängen!

Manfred Weretecki, Kreisvorsitzender der LINKEN, moderierte am 28.04.2011 im „Kasino“ in Lippstadt die Diskussion „Leiharbeit zurückdrängen, aber wie?“ mit Alfons Eilers (IG Metall), Gisbert Drignat (Leiharbeiter) und Michael Bruns (Betriebsrat). „Leiharbeit ist besonders in der Industriestadt Lippstadt ein Thema, weil 60 % der Leiharbeit im verarbeitenden Gewerbe vorkommt. Es ist eine Schande, dass 40 % der Leiharbeitsbeschäftigten unter 30 Jahre sind. Eine Familie gründen und sich etwas aufbauen ist mit einem unsicheren und prekären Arbeitsverhältnis kaum möglich,“ so Weretecki.



In der Diskussion war man sich einig, dass Leiharbeit wegen der negativen Folgen wie Lohndumping, Spaltung der Belegschaften und der Unsicherheit der Beschäftigung zurückgedrängt und schließlich abgeschafft werden muss. Dazu ist es nötig die Gewerkschaften zu stärken und mehr Druck auf die Politik auszuüben. Es nütze nichts sich Generalstreiks wie in Spanien oder Frankreich nur zu wünschen, man muss was dafür tun!

Presseerklärung 28.05.2011

Auch DIE LINKE für den sofortigen Atomausstieg auf der Straße

Am Samstag 28.05.2011 gingen bundesweit 160.000 Menschen für den sofortigen Atomausstieg auf die Straße. An der 7.000-köpfigen Demonstration in Münster beteiligten sich auch LINKE aus dem Kreis Soest.



"Durch den Super-GAU von Tschernobyl wurde ich politisiert," erklärt

Michael Bruns, Kreisgeschäftsführer der LINKEN. "Das Moratorium der Bundesregierung endet am 6. Juni. Deshalb machen wir hier auf der Straße Druck. DIE LINKE fordert den schnellstmöglichen Atomausstieg. Unsere Bundestagsfraktion hält dies für bis Ende 2014 realisierbar. Es darf nicht schon wieder ein Kugeln mit den Energiekonzernen geben! Wir fordern, dass der Bundestag das Grundgesetz ändert und die Nutzung der Atomkraft zur Stromerzeugung verbietet. Der Atomausstieg muss unumkehrbar sein!"